



Verband Queere Vielfalt

Bundesvorstand

Tätigkeitsbericht 2026

1. Vorwort	1
2. Bundespolitische Aktivitäten	2
2.1. Für ein gerechtes Recht	2
2.1.1. Regenbogenfamilien im Recht.....	2
2.1.2. Artikel 3.....	3
2.1.3. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.....	3
2.1.4. Sexarbeit	4
2.2. Für Menschenwürde – gegen Hass	4
2.2.1. Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt und Aktionsplan queer.....	4
2.2.2. Selbstbestimmungsgesetz / Personenstandsrecht / Inter.....	5
2.2.3. Projekt „Fluchtgrund queer: Queer Refugees Deutschland“	6
2.2.4. Projekt „Gewaltfrei ankommen“	7
2.2.5. Einsatz für Rechte LSBTIQ*-Geflüchteter gegenüber BAMF, Gerichten und Politik	7
2.2.6. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit „Selbstverständlich Vielfalt“	8
2.2.7. Inklusion von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken.....	10
2.2.8. Einsatz für LSBTIQ*-Afghan*innen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms	11
2.3. Für eine gute Zukunft.....	11
2.3.1. Gesundheitspolitik	11
2.3.2. Wirtschaft und Arbeit	12
2.3.3. Gedenkkultur	13
2.4. Queere Menschen im Sport	14
3. Internationales	15
3.1. Equal Rights Coalition (ERC)	15
3.2. Menschenrechte	15
3.3. Elisabeth-Selbert-Initiative	15
3.4. Netzwerke.....	15
3.5. Hirschfeld-Eddy-Stiftung	16
3.5.1. Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft.....	16
3.5.2. Lobbyarbeit/Yogyakarta-Allianz.....	17
3.5.3. Sonstige Projekte	17
4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	18
5. Mitarbeit in nationalen Netzwerken und Vertretungsaufgaben	18

5.1.	Forum Menschenrechte	18
5.2.	VENRO	19
5.3.	Bundesstiftung Magnus Hirschfeld.....	19
5.4.	Deutsches Institut für Menschenrechte	19
5.5.	Antidiskriminierungsstelle des Bundes	20
5.6.	Rundfunkräte	20
5.7.	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	20
6.	Organisation	20
6.1.	Mitarbeitende	20
6.2.	Mitgliederentwicklung und -werbung	21
6.3.	Friend-Fundraising und Sponsoring	21
6.4.	Jugend	23
6.5.	Verbandstag 2025	23
6.6.	Zusammenarbeit des Bundes- mit den Landesverbänden	24
6.7.	Rechtsberatung	25
7.	Ausblick	25

1. Vorwort

Im vergangenen Jahr gab es fast 250 Christopher-Street-Days in Deutschland. Das verdeutlicht die gestiegene Sichtbarkeit queerer Menschen. Trotz zunehmender Gegenproteste fahren immer mehr Menschen aus den großen Metropolen in kleinere Städte und unterstützen dort die CSDs, die in den letzten Jahren entstanden sind. Das ist ein wichtiges Zeichen des Zusammenhalts und der Zuversicht. Diese Community ist laut – stark – queer.

Als LSVD⁺ haben wir im Laufe unserer Geschichte viel bewegt. Durch unser Mitwirken sind entscheidende Rechte ausgebaut und queeres Leben ist in unserem Land selbstverständlicher geworden. Der LSVD⁺ ist heute einer der größten Bürgerrechtsverbände in der Europäischen Union und zugleich die zentrale Interessenvertretung queerer Menschen in Deutschland. Mit diesem Einfluss geht auch eine Verantwortung einher, der wir uns sehr bewusst sind. Auch wir als Verband können stolz sagen: Wir sind laut – stark – queer.

Doch in den letzten Jahren hat sich die Welt leider nicht zum Besseren gewandelt. Der gesellschaftliche und politische Druck auf queere Menschen nimmt weltweit zu. Bisher ging es darum, für neue Rechte und mehr Respekt zu kämpfen. Dieser Aufgabe stellen wir uns auch weiterhin. Doch jetzt geht es auch darum, das Erreichte abzusichern. Hierfür brauchen wir neue Strategien und einen effizienteren Verbandsaufbau. Deshalb nehmen wir diese Entwicklung zum Anlass, unsere Arbeitsweise und Strukturen zu hinterfragen und wo nötig zu erneuern. Die ersten Schritte hat der Bundesvorstand bereits im zu Ende gehenden Amtsjahr unternommen. Mit diesem Verbandstag wollen wir weitere wichtige Bausteine hinzufügen.

Mit der Neuorganisation des Bundesvorstands wollen wir Verantwortlichkeiten effizient bündeln, damit sich jedes Bundesvorstandsmitglied im Rahmen eigener Möglichkeiten einbringen kann und stets eine Person da ist, die in einem größeren Aufgabenbereich den Überblick hat. Außerdem wollen wir mit der Gründung einer LSVD⁺-Jugendorganisation jungen Menschen in unserem Verband wieder eine hörbare Stimme geben und attraktiver für sie werden.

Liebe Mitglieder in den Landesverbänden und im Bundesverband,
liebe Mitarbeitende in den beiden Geschäftsstellen und in unseren Projekten,

danke! Ohne Euren unermüdlichen und motivierten Einsatz wäre dieser Tätigkeitsbericht leer. Ihr macht unsere Arbeit als Verband erst möglich. Wir freuen uns darauf, ein weiteres Jahr mit Euch zusammenarbeiten zu dürfen.

Nun wünschen wir allen viel Spaß beim Lesen dieses Tätigkeitsberichts.

Euer Bundesvorstand

2. Bundespolitische Aktivitäten

2.1. Für ein gerechtes Recht

2.1.1. Regenbogenfamilien im Recht

Mit dem Ende der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Ende 2024 sind auch die Reformvorhaben im Familienrecht zu einem vorläufigen Ende gekommen.

Um zumindest das Verfahren der Stiefkindadoption für queere Herkunftsfamilien zu erleichtern, hat der LSVD⁺ Anfang 2025 gemeinsam mit der Initiative Nodoption und BIG, der Bundesinteressengemeinschaft der Regenbogenfamilien-Fachkräfte, einen Brief an die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter mit der Bitte um eine Änderung ihrer [Empfehlungen](#) zu Adoptionsverfahren bei queeren Herkunftsfamilien verfasst.

Seit dem Verbandstag im April sind Christina Klitzsch-Eulenburg und Christian Gladel im Bundesvorstand hauptzuständig für den Themenbereich Familie. Die Gleichstellung von Regenbogenfamilien war eine zentrale [Forderung des LSVD⁺ für die Koalitionsverhandlungen 2025](#). Zu Beginn der neuen Legislatur haben wir Gratulationsschreiben, verbunden mit Gesprächsanfragen, an alle Minister*innen versendet und dabei die Reform des Abstammungsrechts als eines unserer zentralen queerpolitischen Anliegen benannt. Am 4. Mai, dem International Family Equality Day, fanden bundesweit Regenbogenfamilienpicknicks statt. Der Bundesverband hat diesen Tag mit einer [Pressemitteilung](#) und auf Social Media begleitet und die Reform des Abstammungsrechts erneut gefordert. Am 23. Mai 2025 hat der Bundesrat die Bundesregierung mit einer Entschließung zur Reform des Abstammungsrechts aufgefordert. Dies [werteten wir als positives Signal der Länder](#) gleich zu Beginn der Legislaturperiode. Im Juni hat ein weiteres Gericht das geltende Abstammungsrecht für verfassungswidrig befunden und es in einem Normenkontrollverfahren dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Mittlerweile sind dort [sieben Normenkontrollverfahren sowie eine Verfassungsbeschwerde wegen Diskriminierung von Regenbogenfamilien](#) anhängig.

Im Sommer haben wir zum Referentenentwurf einer Reform der Vaterschaftsanfechtung [Stellung genommen](#) und dabei kritisiert, dass eine unausgewogene Teilreform die Lage queerer Familien weiter verschlechtern könnte.

Gemeinsam mit der Initiative Nodoption, dem Deutschen Juristinnenbund und der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwuler Jurist*innen haben wir als Leitplankenbündnis Gespräche mit Carmen Wegge, Sonja Eichwede, und Hakan Demir über die Reform des Abstammungsrechts sowie die Gesetzgebungsvorhaben zur Reform der Vaterschaftsanfechtung und dem Zustimmungserfordernis für Vaterschaftsanerkennungen bei Familien mit sogenanntem Aufenthaltsgefälle geführt. Die Reform des Abstammungsrechts war zudem eines der Schwerpunktthemen im Gespräch mit Bundeskanzleramtschef Thorsten Frei am 29. Oktober 2025. Unsere Gesprächsanfragen an verschiedene CDU-Abgeordnete sowie an Bundesjustizministerin Stefanie Hubig blieben bislang unbeantwortet. Die Diskriminierung queerer Familien im Abstammungsrecht zu beenden, bleibt eines der zentralen rechtspolitischen Themen des LSVD⁺.

Die AG Familie hat an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen zum Thema teilgenommen. So hat Christina Klitzsch-Eulenburg an einer Podiumsdiskussion der Amnesty-Hochschulgruppe der Humboldt-Universität zu Berlin teilgenommen und Theresa Richarz Vorträge zum Abstammungsrecht beim Fachtag „Queering Family – Zwischen liebender Praxis und diskriminierendem Recht“ an der Frankfurt University of Applied Sciences und auf Einladung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gehalten sowie den Verband auf einem Panel zum Thema „Making Family“ beim Bundeskongress des Deutschen Juristinnenbundes vertreten. Christina Klitzsch-Eulenburg und Theresa

Richarz haben zudem ein [ausführliches Interview zur Reform des Abstammungsrechts für den Blog des Gunda-Werner-Instituts](#) gegeben und als Expert*innen an einer [Studie zur Situation von Regenbogenfamilien in Europa](#) teilgenommen.

Im Sommer fand ein Austausch über die Bedarfe der ILSE-Gruppen (Initiativen lesbischer und schwuler Eltern) mit dem Bundesvorstand statt. In einem nächsten Schritt soll mithilfe einer Umfrage ermittelt werden, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband und den ILSE-Gruppen weiter verbessert werden kann. Ebenfalls im Sommer wurden die Ergebnisse der [Studie „Erfahrungen von Regenbogenfamilien mit der Stiefkindadoption“](#) von Saskia Ratajszczak vom Team Regenbogenfamilien des LSVD Verband Queere Vielfalt Berlin-Brandenburg e. V. veröffentlicht.

Auch das Thema Mehrelternschaft beschäftigt den Bundesvorstand weiterhin: Aufbauend auf dem öffentlichen Fachtag und einem internen Fachworkshop im letzten Jahr, erarbeitet der Verband aktuell ein Policy Paper mit konkreten Reformvorschlägen. Auch wollen wir mehr mit der Community in Kontakt kommen: Wer sind Mehrelternfamilien in Deutschland und welche Bedarfe haben sie? Dazu haben wir uns unter anderem mit dem Regenbogenfamilienzentrum Berlin und dem Zukunftsforum Familie strategisch ausgetauscht. Anfragen zu Kinderwunsch, Abstammungsrecht und Stiefkindadoption sind Schwerpunkte der LSVD⁺-Rechtsberatung.

2.1.2. Artikel 3

Nach der Neuwahl im Februar 2025 und dem damit verbundenen Regierungswechsel stehen die Bemühungen um eine Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG um den Schutz der queeren Community vor neuen Herausforderungen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes nicht vor. Der LSVD⁺ setzte – wie andere Communityverbände und auch der Runde Tisch „Grundgesetz für alle“ – unter den veränderten Bedingungen seine Bemühungen fort. Am 26. September 2025 beschloss der Bundesrat auf Antrag der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein eine Initiative zur Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG); andere Bundesländer traten dem Antrag bei.

Im Oktober 2025 brachte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Entwurf eines Gesetzes „zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 - Einfügung des Merkmals sexuelle Identität)“ (21/2027) in den Bundestag ein. Die erste Lesung fand am 9. Oktober 2025 statt. Der LSVD⁺ begleitet das parlamentarische Verfahren mit einer Aktion, die die Mitglieder der demokratischen Fraktionen adressiert und die Kampagne „Nächstenliebe stärken, Zusammenhalt fördern“ reaktiviert. Die Kampagne wurde bereits zum Verbandstag 2025 vorgestellt. Sie ruft Mitglieder des LSVD⁺ auf, mit MdBs vor Ort, vorzugsweise aus den Reihen von CDU und CSU, ins Gespräch zu kommen und dafür zu werben, dass sie für die Ergänzung des Artikels 3 eintreten. Patrick Dörr, Henny Engels und Alexander Vogt arbeiteten weiterhin für den Bundesvorstand beim Runden Tisch „Grundgesetz für alle“ mit.

2.1.3. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Im Koalitionsvertrag heißt es in Kapitel 3.2 (Seite 94): „Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb stärken und verbessern wir den Diskriminierungsschutz.“ Das bleibt weit hinter dem – allerdings nicht eingelösten – Versprechen der Ampelregierung zurück, das AGG zu evaluieren, Schutzlücken zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten. Das Bündnis „AGG-Reform jetzt“ arbeitet weiterhin daran, Unterstützung für eine dringend notwendige Reform des AGG

zu gewinnen. Hierzu lud das Bündnis am 25. September 2025 zu einem parlamentarischen Frühstück „Diskriminierungsschutz stärken: Einblicke in die Praxis, Ausblick auf die Legislatur“ ein, das von Henny Engels moderiert wurde. Besonders eindrücklich für die teilnehmenden Abgeordneten und Mitarbeitenden aus MdB-Büros waren die Berichte von Berater*innen aus verschiedenen Bundesländern. Die Vorlage des für Ende des letzten Jahres angekündigten Gesetzentwurfs zur Reform des AGG verzögerte sich bis ins Frühjahr 2026. Der vorgelegte Referentenentwurf bleibt weit hinter den Forderungen der Antidiskriminierungsverbände hinsichtlich einer wirksamen Verbesserung des Antidiskriminierungsschutzes zurück. Weitere Informationen zu den Forderungen des Bündnisses finden sich [hier](#).

Äußerst bedauerlich ist, dass die Bundesförderung des erfolgreichen Programms respekt*land der ADS zum 31. Januar 2026 ausgelaufen ist. Damit verlieren wichtige Beratungsstrukturen ihre finanzielle Basis; der mühsam aufgebaute flächendeckende Schutz vor Diskriminierung wird, insbesondere in ländlichen Räumen, gefährdet und gewonnenes Fachwissen, z. B. für Betroffene geschlechtsspezifischer Diskriminierung, geht verloren. Alexander Vogt und Henny Engels vertreten den LSVD⁺ im AGG-Bündnis.

2.1.4. Sexarbeit

Um unserem Verbandstagbeschluss von 2023 mit dem Titel „Selbstbestimmung statt Stigma“ Rechnung zu tragen und uns mit (queeren) Sexarbeitenden zu solidarisieren, waren wir auch 2025 wieder mit unterschiedlichen Akteur*innen aus der Selbstorganisation im Austausch. Als das BMBFSFJ im Juni die Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes vorlegte, haben wir dies mit Pressearbeit begleitet. Eine Compact-Petition zur Entkriminalisierung von Sexarbeit, verbunden mit einem Aufruf an Karin Prien (CDU), Bärbel Bas (SPD) und Stefanie Hubig (SPD), haben wir mitgezeichnet.

2.2. Für Menschenwürde – gegen Hass

2.2.1. Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt und Aktionsplan queer

Die Diskriminierung queerer Menschen und die Hassgewalt nehmen – so zeigen die Zahlen des BKA – weiterhin beständig zu. Dazu passt nicht, dass die neue Bundesregierung den Aktionsplan „Queer leben“ offensichtlich für beendet hält. Dies jedenfalls lässt die Antwort auf die Frage von Maik Brückner (Die Linke) vermuten, welchen Zeitplan die Bundesregierung bei der Auswertung und Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans „Queer leben“ verfolge; sie lautet: „Der Aktionsplan „Queer leben“ wurde in der 20. Legislaturperiode initiiert. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag zum Abschluss der letzten Legislaturperiode einen Umsetzungsbericht zum Aktionsplan vorgelegt.“ (Drucksache 21/3520; 53). Die zuständige Ministerin, Karin Prien, erläuterte am 29. Januar 2026 im Bundestagsausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass ein erheblicher Teil der Maßnahmen bereits umgesetzt sei. Es sei jetzt in der jeweiligen Ressortverantwortung, weitere Maßnahmen umzusetzen. Die Queerbeauftragte habe es sich zur Aufgabe gesetzt, darauf zu achten, dass die Maßnahmen umgesetzt werden. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Aktionsplan unter großer Beteiligung der Zivilgesellschaft in einem mühsamen Prozess erarbeitet wurde und bei aller Unzulänglichkeit Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation geweckt hatte.

Auch die Umsetzung des Beschlusses der IMK vom Juni 2023 lässt zu wünschen übrig. Die IMK hatte mit diesem Beschluss den Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ zur Kenntnis genommen, festgestellt, dass die Polizeien des Bundes und der Länder bereits zahlreiche Maßnahmen getroffen haben, um gegen LSBTIQ*-feindliche

Straftaten vorzugehen, sie aber gleichwohl weiteren Handlungsbedarf zur kontinuierlichen Verbesserung sehe. Sie bat daher die Länder und den Bund zu prüfen, ob und wie die im Abschlussbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen umgesetzt werden können, und stellte fest, dass die konsequente Strafverfolgung von gegen LSBTIQ*-gerichteten Gewalttaten ein wichtiger Baustein im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben sei. Der für die Herbstsitzung 2025 erbetene Bericht des BMI zum Umsetzungsstand konnte nicht vorgelegt werden. Eine Anfrage des LSVD⁺ bei den Bundesländern und der Bundespolizei ergab, dass die Umsetzung eher unzureichend erfolgt ist. Näheres dazu findet sich [hier](#).

2.2.2. Selbstbestimmungsgesetz / Personenstandsrecht / Inter

Auch nach Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes 2024 hat uns die Umsetzung des Gesetzes unter anderem in der Rechtsberatung und bei Presseanfragen weiter beschäftigt. Gemeinsam mit dem Bundesverband Trans*, dem Jugendnetzwerk Lambda und anderen Verbündeten haben wir die systematischen Angriffe auf das Selbstbestimmungsgesetz kritisiert. Im Mai 2025 haben wir auf sbgg.info Erfahrungsberichte zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen veröffentlicht. Sie zeigen, dass viele Menschen zum Teil jahrelang auf die Änderung gewartet haben und es eine große Erleichterung bedeutet, endlich passende Dokumente zu haben.

Trans*feindlichkeit ist mit der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes leider nicht beendet: Mit großer Sorge nehmen wir den extremen Anstieg der Hasskriminalität im Bereich der „geschlechtsbezogenen Diversität“ wahr. Die im Mai 2025 veröffentlichten Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität zeigen für 2024 eine Steigerung um fast 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Zur Änderung der Bayerischen Meldedatenverordnung waren wir weiterhin mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte im Austausch. Außerdem haben wir dem Bayerischen Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, eine Anfrage zu einer Reihe von tatsächlichen Fragen zum Inhalt der Verordnung gestellt, insbesondere zum persönlichen Anwendungsbereich (beispielsweise: Sind auch Personen betroffen, die ihren Personenstand nach TSG geändert haben?) und zum Datenschutz, und unsere Anfrage sowie die Antwort auf der LSVD⁺-Homepage veröffentlicht.

Im Sommer wurde bekannt, dass der persönliche Datensatz einer Person durch eine Bundesverordnung um den ehemaligen Geschlechtseintrag, das Änderungsdatum und die ändernde Behörde erweitert wurde und dass diese Informationen sowie die über die ehemaligen Vornamen in größerem Umfang als bislang übermittelt werden sollen. Gegen diese Ausweitung der Datenerhebung und -übermittlung, die Personen, die ihren Geschlechtseintrag geändert haben, dauerhaft bei Behördenkontakten outet, haben wir in einer Stellungnahme verfassungsrechtliche Bedenken erhoben. Julia Monro und andere Mitglieder aus dem Bundesvorstand waren hierzu mit vielen Stakeholder*innen der Bundesländer im Austausch, um auf die Gefahren für TIN* Personen hinzuweisen. Die für den 17. Oktober 2025 angesetzte Abstimmung über den Entwurf im Bundesrat wurde von der Tagesordnung genommen. Wir haben zu diesem Thema zusätzlich mit dem Bundesverband Trans* eine Pressemitteilung verfasst. Im Dezember haben wir gemeinsam mit Vertreter*innen anderer Organisationen ein Gespräch mit Vertreter*innen des Bundesministeriums des Innern und weiterer Ministerien geführt. Anfang 2026 haben wir gemeinsam mit anderen Interessenvertretungen einen Brief mit einer Gesprächsbitte an die Bundesdatenschutzbeauftragte versandt. Wir bleiben an dem Thema dran: Die Information über die Trans*geschlechtlichkeit einer Person ist besonders sensibel; ihre Erhebung und Weitergabe dürfen nur in engen Grenzen erfolgen.

Auch in Baden-Württemberg plant das Innenministerium eine Änderung der Meldeverordnung zur Weitergabe früherer Angaben zu Geschlecht und Vorname an Polizeibehörden. Julia Monro aus dem Bundesvorstand ist auch hier im engen Austausch mit dem Landesverband, dem Queeren Netzwerk sowie weiteren Organisationen und Einzelpersonen sowie Abgeordneten.

Zum Selbstbestimmungsgesetz und zu den geplanten Änderungen im Meldewesen haben wir zahlreiche Presseanfragen von nationalen und internationalen Medien beantwortet. Die rechtlichen Informationen auf sbgg.info wurden aktualisiert und ergänzt. Im November hat Theresa Richarz gemeinsam mit Rechtsanwältin Juli Heinicke auf Einladung des Queeren Netzwerks Brandenburg einen Vortrag zu rechtlichen Folgefragen nach einem Jahr des Selbstbestimmungsgesetzes, etwa im Bereich der Elternschaft und der Neuausstellung von Dokumenten, gehalten.

Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld lud anlässlich des einjährigen SBGG-Jubiläums zu einem Kolloquium mit zahlreichen Interessenvertretungen und Bündnisorganisationen ein. Julia Monro nahm für den LSVD⁺ teil und berichtete unter anderem über die Ereignisse zur geplanten Melddatenverordnung.

2.2.3. Projekt „Fluchtgrund queer: Queer Refugees Deutschland“

Das Projekt wurde am 31. Dezember beendet. Die Projektziele konnten über die Zielzahlen hinaus wieder erfolgreich erreicht werden. Leider kann das Projekt nicht mehr in der Form weiterarbeiten und auch die vielen Anfragen nach Schulungen im Jahr 2026 nicht mehr erfüllen. Außerhalb des Projektes waren die drei Mitarbeiter*innen wieder zu Gast als Workshopleitende und im Austausch mit den Geflüchteten beim von C&A finanzierten Awareness- und Empowerment-Projekt. Hier haben ca. 40 Geflüchtete drei Tage lang Workshops besucht. Ebenso waren im zweiten Teil drei Tage lang 37 Geflüchtete im intensiven Austausch.

Beratung und Betreuung

Das Projekt hatte 1.187 Beratungsanfragen vom 27. Februar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 über E-Mail, Telefon, Instagram und Facebook. Es gibt eine stark erhöhte Anzahl an bereits abgeschobenen oder von Abschiebung bedrohten LSBTIQ*-Geflüchteten in Jahr 2025. Seit der weiteren Verschärfung der Lage in der Türkei hat die Anzahl der Anfragen dazu korrelierend stark zugenommen.

Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Unvermindert findet die Teilnahme als Sprecherinnen oder Referentinnen an zahlreichen Talks, Projektvorstellungen und Webinaren statt. Bisher erfolgte der Versand von 3,2 Tonnen Materialien an 3.540 Stellen. Nach wie vor stehen wir beratend als Speakerinnen mit unseren Fachinformationen auf Tagungen wie der von Prout at Work, den Integrationsbeauftragten der Länder, Entscheidenden und anderen Gremien und einigen Kommunen zum Thema Flucht, Gewaltschutz, Safe Spaces und besserer Teilhabe zur Seite.

Schulung

Ebenso wurden 15 Online- und Vor-Ort-Schulungen für Kommunen und andere Gewerke durchgeführt, immer je nach Anforderung mit unseren unterschiedlichen Schulungskonzepten. Insgesamt wurden 356 Personen geschult.

Integration und Sprache

Anhand des „Lösungsheftes“, des „Begleithefts für Integrationskurse“ und der „Terminologie“, die an alle lehrberechtigten Institute in Deutschland sowie an interessierte Sprachmittelnde verschickt wurden, konnten zehn Kurse für die Lehrenden der Integrations- und Sprachkurse und vier für die

Sprachmittelnden durchgeführt werden, jeweils mit sehr guter Rückmeldung und sehr guter Bewertung.

2.2.4. Projekt „Gewaltfrei ankommen“

Zum Jahresbeginn 2025 startete das neue Projekt mit Fokus auf Gewaltschutz für queere Geflüchtete in Sammelunterkünften. Die beiden Projektreferent*innen Elizabeth Namwanje und Sò Schröder starteten im Februar bzw. März in die Projektarbeit.

Nach erfolgreicher Einarbeitung und Entwicklung von Schulungs- sowie Informationsmaterialien fanden insgesamt elf In-House- und Online-Schulungen statt, bei denen knapp 330 Personen aus dem Betreuungs- und Sicherheitsdienst, verschiedene Berater*innen und Verwaltungsangestellte erreicht werden konnten. Die Informationsmaterialien, die mehrsprachige Flyer, Plakate, Buttons und Sticker umfassen, wurden bundesweit an ca. 100 verschiedene Einrichtungen verschickt. Die Inhalte wurden zugleich in eine Projekthomepage, die unter www.rainbow-shelter.de abrufbar ist, überführt. Auch wandten sich queere Geflüchtete an das Projektteam, die in der ihnen zugewiesenen Unterkunft Gewalt erlebt hatten. Diese wurden nach Möglichkeit an Beratungsstellen in ihrer Umgebung angebunden. Zugleich suchte das Projektteam auch Kontakt zu Einrichtungsleitungen und sonstigen Mitarbeitenden in den Unterkünften, um die Situation der jeweiligen Person zu verbessern und die psychische Belastung zu reduzieren.

Durch eine breit beworbene Online-Kick-off-Veranstaltung im Juni erlangte das Projekt schließlich größere Bekanntheit. Infolgedessen wurde das Projektteam auch zu Fachvorträgen angefragt. Dabei haben ein Vortrag zum Gewaltschutz für FLINTA*-Geflüchtete beim Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) und ein Vortrag zu queeren unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten bei der Herbsttagung des Bundesverbands Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) besonders hervorgehoben.

Zum Jahresende verließ Elizabeth Namwanje das Projekt. Die Stelle konnte durch den*die Projektreferent*in Ly Baßler zum 15. Januar 2026 neu besetzt werden. Das Projekt läuft im Jahr 2026 weiter und legt dabei neben der Sensibilisierung von Mitarbeitenden und der Unterstützung von gewaltbetroffenen queeren Geflüchteten einen Fokus auf Austausch und Vernetzung zwischen relevanten Akteur*innen wie beispielsweise queeren Beratungsstellen, die im Bereich Flucht und Migration tätig sind, sowie Beschwerdestellen und Ombudspersonen.

2.2.5. Einsatz für Rechte LSBTIQ*-Geflüchteter gegenüber BAMF, Gerichten und Politik

Nachdem der Bundesverband im Bericht 2024 noch einige Erfolge queerer Geflüchtete benennen konnte, gab es im vergangenen Jahr aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Stimmung und des Rechtsrucks deutliche Rückschritte.

An erster Stelle ist hier das Thema der Einstufung weiterer LSBTIQ*-Verfolgerstaaten als sog. sichere Herkunftsstaaten zu nennen. Im Dezember hat der Bundestag die Einstufung sicherer Herkunftsstaaten per Verordnung ohne Beteiligung des Bundestags bzw. des Bundesrates verabschiedet. Laut Aussage aus dem Koalitionsvertrag sollen damit insbesondere die Maghrebstaaten Marokko, Algerien und Tunesien als sicher gelistet werden – obwohl dort LSBTIQ* massiven Gefahren ausgesetzt sind: Es drohen mehrjährige Haftstrafen, Folter durch Zwangsanaluntersuchungen und Gewalt durch staatliche Akteure sowie von Seiten der Zivilgesellschaft. Bei der Anhörung im Innenausschuss hat ProAsyl auf die Aussagen des LSVD⁺ zu den Maghrebstaaten verwiesen. Bei einer Einstufung per Verordnung gibt es keine Beteiligung des Bundestags oder des Bundesrates im Rahmen eines Gesetzgebungsprozesses und damit auch keine Möglichkeit der Zivilgesellschaft im Ausschuss Stellung zu nehmen. In der Vergangenheit hat der LSVD⁺ immer

darauf hingewiesen, dass bereits die Einstufungen von z. B. Ghana, Senegal und Georgien aufgrund der LSBTIQ*-feindlichen Gesetzgebung als verfassungswidrig anzusehen sind und aufgehoben werden müssen, da diese gerade die Schutzrechte LSBTIQ*-Asylsuchender aus diesen Ländern massiv gefährden.

An zweiter Stelle geht es um die Umsetzung der GEAS-Reform. Hier hat sich der Bundesverband, insbesondere gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e. V.), in einer Stellungnahme dafür eingesetzt, dass die besonderen Bedarfe vulnerabler Geflüchteter in der Reform bestmöglich gewahrt bleiben. Hierbei war es uns wichtig, aufzuzeigen, dass der Gesetzgeber auch bei der Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben Spielräume hat und diese im Sinne fairer Asylverfahren und einer angemessenen Aufnahme nutzen muss. Dazu erschien im Dezember ein juristischer Fachartikel von Alva Träbert und Marie Melior zum Thema „Vulnerabilität und besonderer Schutzbedarf im Lichte der GEAS-Reform“ im Asylmagazin.

Des Weiteren hat der Bundesverband aus dem Vorstand heraus in Einzelfällen beraten. Hierbei verdichtet sich weiterhin der Eindruck, dass zwar das Diskretionsgebot gemäß der Änderung der Dienstanweisung Asyl von 2022 meist nicht mehr offensichtlich zur Anwendung kommt, dass jedoch vermehrt Personen Schutz versagt wird, weil ihnen die vorgetragene LSBTIQ*-Identität nicht geglaubt wird.

2.2.6. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit „Selbstverständlich Vielfalt“

Das LSVD⁺-Projekt startete zum Jahresbeginn im neuen Kooperationsverbund „Selbstverständlich Vielfalt“. Seit März 2025 ist Sabrina Braick zusammen mit Clara Clasen, Leonie Achterhold, Christian Lapp und Jürgen Rausch für die Fortbildung der Regelstrukturen zuständig. Der LSVD⁺ kooperiert in diesem neuen Verbund mit Intergeschlechtliche Menschen e. V., dem Bundesverband Trans*, der Akademie Waldschlösschen und Queere Bildung e. V. und sorgt – wie bereits im vorangegangenen Projekt – für die Koordination der gemeinsamen Projektarbeit.

Zur vertrauensvollen Zusammenarbeit startete der Verbund mit einem gemeinsamen mehrtägigen Kick-Off, um die Projektarbeit auf ein festes Fundament zu stellen. Die Herausforderungen wurden gemeinsam gemeistert, indem sich die Mitarbeitenden in themenspezifischen Videokonferenzen abstimmten. Die Themenpalette reichte dabei von der Begleitung gemeinsamer Vorhaben durch eine aufeinander abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit über die Qualitätsentwicklung bis hin zum Grundverständnis einer rassismuskritischen Haltung.

„Gesellschaftliche Vielfalt und der Abbau von Diskriminierung umfassen die sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung“, so lautet die Kernbotschaft des neuen Kooperationsverbunds. Die Projektarbeit wird durch das BMBFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Ein Novum in der aktuellen Förderperiode ist die Einrichtung themenfeldübergreifender Arbeitsgruppen. Der LSVD⁺ hat in diesem Zusammenhang die Verantwortung für die strukturell zentrale AG für den Austausch der Koordinierungsstellen aller Kooperationsverbünde übernommen. Darüber hinaus nimmt er an der AG „Extrem rechte Tendenzen in jugendlichen Subkulturen“ teil.

Die Erhöhung der Regenbogenkompetenz von Fachkräften und Verbänden ist Dreh- und Angelpunkt des LSVD⁺-Projekts. Diese Kompetenz ermöglicht einen professionellen und diskriminierungsarmen Umgang mit Themen der sexuellen, geschlechtlichen und romantischen Vielfalt. Durch digitale Angebote oder Workshops vor Ort und das Regenbogenparlament werden Fachkräfte

der Kinder- und Jugendarbeit, der Wohlfahrtspflege, der politischen Bildung und gesellschaftlicher Initiativen ebenso wie Vertretungen aus Verwaltung, Wirtschaft und Politik zusammengebracht. Dadurch entstehen Räume für Austausch, nachhaltige Vernetzung und Qualifizierung. Hervorzuheben ist hierbei der intensive Austausch mit der Alhambra-Gesellschaft zur Förderung des interreligiösen gesellschaftlichen Dialogs und der intersektionalen Antidiskriminierungsarbeit.

Das Projekt trägt dazu bei, dass das Wissen der LSBTIQ*-Communities in der Breite der Gesellschaft ankommt. Durch das Lernen voneinander wird der Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen verbessert und für gegenseitige Solidarität geworben. Ausdrücklich eingeladen sind dazu sowohl Organisationen aus queeren Communitystrukturen als auch aus Regelstrukturen. Mit diesem breit angelegten Ansatz werden Bündnisse in der Gesellschaft geschmiedet.

Bei der Konzeption von Fortbildungen und Veröffentlichungen orientierte sich das Projektteam an den Bedarfen der Regelstrukturen. Entsprechend großer Beliebtheit erfreuten sich die Angebote. Insbesondere die Webtalks wurden von den Fachkräften sehr dankbar angenommen. Die kompakten Queer-Papiere wurden von den Einrichtungen als PDF von der Projektseite heruntergeladen oder in gedruckter Form beim Projektbüro bestellt. Zusätzlich ist ein Beitrag in der Fachzeitschrift „Forum Jugendhilfe“ der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe zur Bedeutung von Diversität auf Seiten der Fachkräfte erschienen. Auf diese Weise gelangten die fachlichen Informationen zur Unterstützung in die professionelle Praxis. Auch die Beratung zur Steigerung der Regenbogenkompetenz in den Einrichtungen vor Ort sowie in den übergeordneten Verbänden wurde gerne in Anspruch genommen. Die etablierten Verbände (z. B. DPWV, Verband Kolpinghäuser etc.) schätzten die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Der kollegiale Austausch über geeignete pädagogische Herangehensweisen wurde allseits als konstruktiv bewertet. Nicht zuletzt setzt sich das Projektteam konsequent für den Abbau von Barrieren ein. So wurde das Regenbogenparlament durch Gebärdensprachdolmetschen und ein Awareness-Team begleitet.

Regenbogenparlament

Das Regenbogenparlament wurde als digitaler Fachtag neu aufgelegt und stand unter dem Titel „Das ist doch utopisch?! Inspiration und Strategien für hoffnungsvolles Arbeiten“. Zu den Referierenden zählten: Tareq Sydiq (Universität Marburg), die Initiative Radikale Töchter, Oriel Klatt (Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung), Massimo Perinelli (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Sarah Vecera (Vereinte Evangelische Mission) sowie Katrin Sen und Sonja Preissing (IU Internationale Hochschule). Die Diskussionen befassten sich mit Erfahrungen aus dem demokratischen Protest, der politischen Jugendbildung, der Antirassismusbearbeitung und dem künstlerischen Aktivismus. Ebenso wurden dicke_fette queere Perspektiven und utopisches Erinnern als Inspirationsquellen herangezogen.

Workshops und Organisationsberatungen

Das Projektteam bot Fachkräften aus den Regelstrukturen eine passgenaue Unterstützung zur Förderung der Regenbogenkompetenz an. Die Multiplikator*innen der Workshops kamen aus unterschiedlichen Organisationen, darunter Einrichtungen der Sozialen Arbeit, Personalabteilungen und Freiwilligendienste. Unter anderem führte das Projektteam einen Präsenzworkshop beim Jugendwerk in Borken durch und unterstützte die Berliner Senatsverwaltung durch eine digitale Schulung. Inhouse-Schulungen zur Organisationsentwicklung fanden für die Jugendfreizeiteinrichtung Alt-Buckow in Berlin, das Jugendaufbauwerk Dithmarschen, das Kinderhaus Tim Tümel Borna sowie das Soziale Netzwerk für weltoffene und demokratische Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit im Altmarkkreis Salzwedel statt.

Webtalk-Reihe

Die Webtalks des Kooperationsverbunds richteten sich in erster Linie an pädagogische Fachkräfte. Die thematischen Impulse für die anschließenden Diskussionen befassten sich unter anderem mit Fragen der psychosozialen und medizinischen Versorgung. Der LSVD⁺ brachte dabei eine linguistische Perspektive auf geschlechtergerechte Schreibweisen ein. Hierfür konnte Dr. Lovis Noah Cassaris gewonnen werden, um über sprachwissenschaftliche Erkenntnisse zu berichten. Gemeinsam mit den Teilnehmenden wurden die konkreten Auswirkungen des Sprachgebrauchs besprochen: Inwiefern prägt die Sprachpraxis soziale Wirklichkeiten? Welche Lösungsansätze werden im öffentlichen Diskurs verhandelt und welche davon sind im Alltag praktikabel?

In Ergänzung zur Webtalk-Reihe des Kooperationsverbunds führte das Projektteam weitere gut besuchte digitale Fortbildungen durch, die sich inhaltlich mit den Themen Medienkompetenz und Awareness befassten. Die Auseinandersetzung mit romantischer Vielfalt und Selbstbestimmung wurde von den Fachkräften genutzt, um Impulse dafür zu gewinnen, wie sich deren Förderung konkret in der eigenen Fachpraxis umsetzen lässt.

Queer-Papiere

Für alle Interessierten stehen zwei neue Queer-Papiere zur Verfügung: Sie erläutern romantische Vielfalt und die Förderung romantischer Selbstbestimmung und geben praktische Hinweise zur Umsetzung – nicht nur für die Jugendarbeit. Die Papiere sind [hier](#) online verfügbar.

Vielfalts-Materialien

Neben der Vielfalts-Fibel und den Methoden zur Gestaltung von Gruppenstunden liefern handpraktische Materialien prägnante Gedankenanstöße. In diesem Zusammenhang wurde die Sticker-Reihe neu aufgelegt und im neuen Layout veröffentlicht. Die Slogans der Aufkleber lauten: „solidarität ist queer“, „queering society“ und „team vielfalt“ – Letzterer in mehreren Sprachen. Diese Angebote werden insbesondere von Fachkräften der Jugendarbeit dankbar angenommen.

2.2.7. Inklusion von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken

„Inklusion von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken“ (IQGMS) ist ein Förderprogramm des LSVD⁺, das durch die Robert-Bosch-Stiftung ermöglicht wird und in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld stattfindet. Neben der finanziellen Förderung gemeinnütziger Organisationen umfasst das Programm auch Vernetzung, Informations- und Erfahrungsaustausch.

Das Jahr begann mit dem Abschluss der elf Förderprojekte. Dazu gehörten die Unterstützung bei der Erstellung der Finanzierungs- und Sachberichte sowie deren Auswertung. Parallel zur Erarbeitung des Abschlussberichts für die Robert-Bosch-Stiftung wurde ein Antrag auf eine zweite Förderperiode eingereicht und bewilligt. So können wir die Erfahrungen aus dem ersten Förderprogramm nun im neuen Programm umsetzen. Im Zuge der Verlängerung wurde das Programm leicht umbenannt. Aus „Integration für queere Geflüchtete und Migrant*innen stärken“ wurde „Inklusion für queere Geflüchtete und Migrant*innen stärken“, um das Streben nach echter und gleichberechtigter Teilhabe klarer zu benennen.

Im Frühjahr wurde darauf aufbauend eine neue Ausschreibung erarbeitet. Nach deren Veröffentlichung gingen im Sommer 2025 insgesamt 64 Projektanträge ein. Im September trat erneut eine Auswahlkommission zusammen, bestehend aus Jul Kolberg (xart splitta e. V.), Dr. Sung Un Gang (Soziologe und Autor, nominiert von der Robert Bosch Stiftung), Charlotte von Schuckmann (Bundesstiftung Magnus Hirschfeld) und Chantal Müller (LSVD⁺). Dr. Ferdinand Mirbach (Robert Bosch Stiftung) nahm beratend, jedoch ohne Stimmrecht, an der Sitzung teil.

Ausgewählt wurden neun Projekte in sieben verschiedenen Bundesländern, die Integrationsarbeit für queere Geflüchtete und Migrant*innen auf verschiedenen Ebenen leisten – von Beratung und Gruppenangeboten über Empowerment-Veranstaltungen bis hin zu Sensibilisierungsworkshops für Fachpersonal sowie Schulungen für Peer-Gruppenleiter*innen.

Da der Austausch zwischen den Projekten sowie eine intensive Begleitung zentrale Bestandteile des Programms sind, fand im Dezember 2025 bereits ein erstes virtuelles Kennenlernen statt. Im Förderzeitraum 2026 sind zudem ein analoges Vernetzungstreffen sowie weitere Informations- und Beratungsangebote geplant.

2.2.8. Einsatz für LSBTIQ*-Afghan*innen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms

Der Bundesverband hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass durch die Taliban gefährdete LSBTIQ*-Personen und alleinstehende Frauen aus Afghanistan in Deutschland aufgenommen werden. Hierzu hat der Bundesverband weiterhin Lobbyarbeit gegenüber dem neuen Bundestag, der neuen Bundesregierung und allen demokratischen Parteien geleistet, um die Umsetzung der im Rahmen des Ende 2022 von der Ampel-Regierung gestarteten Bundesaufnahmeprogramms in Aussicht gestellten Aufnahmen zu ermöglichen. Dazu haben wir im Rahmen der Bundestagswahlprüfsteine die Parteien befragt und uns anschließend in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Beim Empfang zum 35. Geburtstag des Verbandes beim Bundespräsidenten haben wir das Schicksal der Betroffenen thematisiert. Seit Mai 2025 haben wir dies an höchsten Stellen gegenüber der Regierung (Fraktionen und Ministerien) wiederholt angesprochen. Im Juni 2025 hat die Tageszeitung Die Welt recherchiert und berichtet, dass der Bundesverband im Jahr 2024 in Abstimmung mit den Ministerien gehandelt hat. Auch zum Jahrestag der Machtübernahme der Taliban und zum Tag der Menschenrechte haben wir uns geäußert. Bei den CSDs in Köln und Berlin waren wir mit dem Thema und LSBTIQ*-Personen aus Afghanistan präsent. In Bremen sind etwa hundert Afghan*innen auf die Straße gegangen und haben gefeiert.

Parallel zur starken Lobbyarbeit hat der Bundesverband eng mit internationalen Partner*innen zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass insbesondere Personen mit Aufnahmezusage auch tatsächlich nach Deutschland einreisen können. Hierzu hat sich der Bundesvorstand an regelmäßigen Sitzungen mit ausländischen Partnern und an Beratungen mit deutschen NGOs beteiligt. Wir tragen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen in Deutschland dazu bei, dass diese Personen in Deutschland integriert werden.

Bis dato sind Personen im deutlich dreistelligen Umfang nach Deutschland ausgeflogen worden. Hunderten weiteren queeren Menschen haben die zuständigen Behörden bereits eine offizielle Aufnahme in Aussicht gestellt. Ihnen hat Deutschland sein Wort gegeben. Das Ende humanitärer Aufnahmen würde viele dieser Menschen das Leben kosten. Wir können, ja, wir dürfen die queere Community in Afghanistan jetzt nicht im Stich lassen. LSBTIQ*-Personen stellen leider nur einen sehr kleinen Teil der humanitären Aufnahmen in Deutschland aus Afghanistan (Menschenrechtsliste, Überbrückungsprogramm und Bundesaufnahmeprogramm) dar – rund ein Prozent. Deshalb setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft dafür ein, dass so viele afghanische LSBTIQ*-Personen wie möglich Aufnahme finden.

2.3. Für eine gute Zukunft

2.3.1. Gesundheitspolitik

Mit dem Bundesverband Trans* besteht weiterhin eine enge Zusammenarbeit zur Verbesserung der trans*inklusiven Gesundheitsversorgung. Nachdem die Zukunft der Gesundheitsversorgung

für TIN* Personen (trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre) seit einem Urteil des Bundessozialgerichts im Jahr 2023 unsicher ist, engagiert sich der LSVD⁺ mit anderen Community-Verbänden und Allies, um diese wieder sicherzustellen. Der LSVD⁺ hat weiterhin das Gespräch mit den politischen Verantwortlichen, dem Bundesgesundheitsministerium und dem Gemeinsamen Bundesausschuss gesucht, um endlich Gesundheitsleistungen für TIN*-Personen gesetzlich sicherzustellen.

Am 35. Verbandstag in Berlin verabschiedeten die Mitglieder des LSVD⁺ den Beschluss [„Reproduktive Gerechtigkeit – Für Entkriminalisierung, rechtliche Absicherung und sichere Versorgung“](#). Der LSVD⁺ sprach sich damit für die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches aus, damit sich auch die prekäre medizinische Versorgungslage verbessert.

Der LSVD⁺ setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Verantwortung für die Versorgungssicherheit mit PrEP nicht bei den einzelnen Apotheken und Krankenkassen liegen darf, die den Import teurerer Ersatzprodukte erstatten könnten, sondern dass PrEP politisch als versorgungssichere Arznei anerkannt wird. Der LSVD⁺ arbeitet dafür mit der Deutschen AIDS-Hilfe zusammen. Am Welt-AIDS-Tag hat der Verband allen Menschen gedacht, die im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit AIDS ihr Leben verloren haben. Wir haben darauf verwiesen, dass die internationale Präventionsarbeit vor dem Kollaps steht. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, droht zudem eine neue AIDS-Pandemie. UNAIDS, das Programm der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, steht vor dem Aus, nachdem wichtige Geberländer wie die USA ihre Unterstützung beendet oder zurückgefahren haben. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, jetzt zu handeln: Sie sollte sich international für den Erhalt von UNAIDS einsetzen und ihre finanzielle Unterstützung deutlich ausbauen. Ohne Gegenmaßnahmen könnten bis 2030 3,9 Millionen weitere Infektionen und sechs Millionen Todesfälle die Folge sein.

Die Reform des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsmaßnahmen, um endlich bestehende Lücken zu schließen, ist im schwarz-roten Koalitionsvertrag leider nicht enthalten. Trotzdem setzt der Verband weiterhin Druck auf das Thema. Unser Verband hat zudem die Petition zum Verbot von Konversionsmaßnahmen auf EU-Ebene unterstützt, die 1.128.063 Unterschriften erhalten hat, davon 92.739 aus Deutschland. Das Europäische Parlament unterstützt ein Verbot, während die EU-Kommission die Petition prüft. Das Thema war am 30. Januar 2026 auch im Europarat, der sich für ein Verbot aussprach. Vorher hatte der LSVD⁺ wichtige Informationen an die deutschen Abgeordneten geschickt.

Ein wichtiger Baustein der [Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit](#) ist die wiederkehrende Erhebung und Veröffentlichung von verlässlichen Zahlen und Fakten zur Einsamkeit in Deutschland. Dies wird durch das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. mit dem „Einsamkeitsbarometer“ umgesetzt. Am 20. Juni 2025 wurde die [Einsamkeitsfokusanalyse zu LSBTIQ* Personen: Lebenslagen und Resilienzfaktoren](#) im BMBFSFJ vorgestellt, bei der sich Kerstin Thost für den LSVD⁺ durch ein Statement einbrachte.

Der LSVD⁺ hat sich bereit erklärt, ein Forschungsprojekt der figus GmbH zu unterstützen, das die gesundheitliche Versorgung queerer Menschen in den Bereichen wie z. B. Gynäkologie und Urologie untersuchen wollte. Das Projekt hat leider keine Förderung erhalten.

2.3.2. Wirtschaft und Arbeit

Die gesellschaftliche Entwicklung und die zunehmend angespannte Lage gegenüber LSBTIQ* machen auch vor der Wirtschafts- und Arbeitswelt nicht Halt. Um sich diesem Thema stärker zu widmen, hat der Bundesvorstand im vergangenen Jahr eine entsprechende inhaltliche Arbeitsgruppe eingerichtet. Thematisch ging es dabei um die allgemeine Verantwortung von Unternehmen für gesellschaftspolitische Themen, die Unterstützung queerer Strukturen wie CSDs durch die

Wirtschaft, die wirtschaftliche Lage queerer Betriebe sowie Diversitätsprogramme in Unternehmen.

Im Sommer 2025 haben wir in Kooperation mit dem CSD Deutschland und Campact die Deutsche Telekom für die teilweise Einstellung ihrer Bemühungen im Bereich Diversity, Equity, and Inclusion kritisiert. Der CSD Deutschland und wir sind infolgedessen auf Einladung der Telekom ins Gespräch gekommen. Teile unserer Kritik konnten dabei ausgeräumt werden, wenn auch nicht vollständig. Andre Lehmann hat auf Einladung der Telekom auf dem Magenta-Pride-Wagen beim Berliner CSD das Thema in einer Rede adressiert.

Im Mai 2025 haben wir uns finanziell und inhaltlich an einem Event beteiligt, das von Queermantor und LinkedIn in Berlin organisiert wurde. Die Veranstaltung nahm den IDAHOBIT zum Anlass, sich mit Diskriminierungsschutz in der Arbeitswelt zu beschäftigen. Andre Lehmann und Julia Monro nahmen aus dem Bundesvorstand für uns teil.

Daneben nahm Andre Lehmann an gemeinsamen Sitzungen der Pride-Netzwerke von SIEMENS und REWE teil.

2.3.3. Gedenkkultur

Zum 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands, veröffentlichte der LSVD⁺ gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Sinti und Roma (BVSR) e. V., Decolonise Berlin, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora sowie der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte einen Appell zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Gemeinsam wurde nicht nur an die Opfer gedacht, deren Leid mit dem Tag der Kapitulation längst nicht zu Ende war, sondern auch zu einer klaren gemeinsamen Haltung für Solidarität, Grundrechte und Demokratie aufgerufen – gerade jetzt, wo rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente stärker werden.

Am 26. Juli 2025, dem Tag des CSD Berlin, legte der LSVD⁺ am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen einen Kranz nieder. Alva Träbert und Michelle Kortz nahmen am stillen Gedenken teil. Wo möglich, nahm der Bundesverband auch bei Gedenkveranstaltungen anderer verfolgter Gruppen teil – so besuchten Henny Engels und Alva Träbert am 1. August 2025 die Gedenkstunde anlässlich des Gedenktages an den Völkermord an Sinti und Roma, ausgerichtet von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Kooperation mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V. sowie mit RomnoKher und RomaTrial.

Am 10. Dezember trafen sich Vertreter*innen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Vertreter*innen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sowie Alva Träbert und Henny Engels, um den Austausch aus dem Vorjahr fortzusetzen und die Zusammenarbeit zu stärken. Henny Engels arbeitet für den LSVD⁺ im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit.

Der dritte Teil der ZDF-Doku „Verbotene Liebe in der NS-Diktatur“, in dem sich unter anderem Verbandspressesprecher*in Kerstin Thost auf die Suche nach queeren Schicksalen macht, während der Kriminalisierung und Verfolgung durch das NS-Regime, wurde für die Ausstrahlung im Januar 2026 vorbereitet. Die ersten beiden Teile „Queere Opfer der NS-Diktatur“ (2024) und „Queere Schicksale in der NS-Diktatur“ (2025) erreichten seit ihrer Ausstrahlung jährlich jeweils etwa zwei Millionen Zuschauer*innen. Sie sind in der ZDF-Mediathek abrufbar.

2.4. Queere Menschen im Sport

Deutscher Fußball-Bund (DFB)

Nachdem die Kompetenz- und Anlaufstelle für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Fußball beim DFB Ende 2024 planmäßig ausgelaufen ist, läuft die Zusammenarbeit zwischen dem LSVD⁺ und dem DFB weiter. Christian Rudolph und Julia Monro sind hier weiterhin Teil der Projektgruppe Queer des DFB und regelmäßig im Austausch. Es finden mehrmals im Jahr Online-Sprechstunden zum neuen Spielrecht für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre (tin*) Menschen im Amateur- und Jugendfußball sowie im Futsal statt. Im November 2025 fand außerdem ein Treffen mit den Vertrauenspersonen der Landesverbände auf dem DFB-Campus in Frankfurt statt. Für die Vertrauenspersonen wurden Handlungsempfehlungen, FAQs und weitere Informationen bereitgestellt. Seit der Einführung des Spielrechts im Jahr 2022 haben insgesamt 117 Personen (Stand: Nov. 2025) von der neuen Regelung Gebrauch gemacht.

Durch den regelmäßigen Austausch konnten auch die Ausschüsse des DFB-Bundestags mit sachlichen Informationen versorgt werden, die sich mit dem Antrag eines Landesverbands zur Änderung des Spielrechts befassen. Nach den ausführlichen Stellungnahmen zog der Landesverband seinen Antrag zurück.

Aufgrund der binärgeschlechtlichen Strukturen im Fußball ergeben sich auch nach der Einführung des neuen Spielrechts immer wieder Rückfragen und Bedarfe, weshalb die kontinuierlichen Angebote für die Landes- und Regionalverbände fortgesetzt werden. Das neue Spielrecht wird insgesamt gut angenommen und vereinzelte Umsetzungsschwierigkeiten werden in der Regel in ausführlichen Gesprächen gelöst.

Deutscher Olympischer Sportbund

Die Zusammenarbeit mit dem DOSB und einigen Landessportbünden konnte intensiviert werden. Gemeinsam mit dem DOSB strebt der LSVD⁺ ein Projekt an zur Förderung der Teilhabe und Inklusion geschlechtlicher Vielfalt im binärgeschlechtlich organisierten Sport. 2025 fanden mehrere Austauschrunden zwischen DOSB-Ressortleitungen und Stakeholder*innen aus unterschiedlichen Vielfaltdimensionen statt. Julia Monro aus dem Bundesvorstand ist hier im regelmäßigen Austausch und an der Konzeption des o.g. Projekts beteiligt.

GenderDivers – Sporthochschule Köln

Gemeinsam mit weiteren Organisationen der queeren Community begleitet der LSVD⁺ das Forschungsprojekt „GenderDivers“ der Sporthochschule Köln in Kooperation mit dem Deutschen Volleyballverband, dem Deutschen Eishockeyverband und dem Deutschen Basketballverband, um die Situation von TIN* Personen im Teamsport zu untersuchen und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und sollte ursprünglich im Frühjahr 2025 beginnen. Aufgrund der vorzeitigen Bundestagswahl und eines unklaren Haushalts wurde das Projekt erst später bewilligt, sodass es erst im Januar 2026 starten konnte. Ein erstes Auftakttreffen fand im Februar 2026 statt.

BundesNetzwerkTagung des queeren Sports (BuNT)

Unter dem Motto „Louder than ever“ lud die Sportjugend Hessen im November 2025 alle Menschen aus Sport, Wissenschaft, Politik und queeren Communities zur 3-tägigen BuNT ein. Die Tagung wird seit 2018 angeboten. Das Ziel ist die gemeinsame Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Sport sowie der Abbau von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität. Julia Monro aus dem Bundesvorstand begleitete die Veranstaltung für den LSVD⁺ mit einem abschließenden Bericht und nahm an verschiedenen Workshops teil. Unter anderem wurde die „Dresdner Erklärung“ vorgestellt. Diese enthält

Selbstverpflichtungen und Empfehlungen für den DOSB und ist ein wichtiger Bestandteil für die zukünftige Arbeit sowie weitere Kooperationen im queeren Sport.

Sonstiges

Sowohl die Fußball-WM der Männer 2026 als auch die Olympischen Spiele 2028 finden in den USA statt und werden eine besondere Herausforderung sein, mit der der LSVD⁺ sich auseinandersetzen wird.

3. Internationales

3.1. Equal Rights Coalition (ERC)

Deutschland und Mexiko hatten nach der ERC-Konferenz in Berlin Ende 2024 den Vorsitz der 2016 gegründeten [Equal Rights Coalition](#) an Spanien und Kolumbien abgegeben. Seither fanden auf Einladung der spanisch-kolumbianischen Co-Präsidentschaft zwei Präsenztreffen in Madrid und Cartagena statt, an denen Klaus Jetz für den Verband teilnahm. Themen waren die Zukunft der Koalition angesichts fortschreitender queerfeindlicher Entwicklungen in aller Welt, die Verantwortung der Mitgliedstaaten, die Finanzierung der Gesamtstruktur sowie Fragen der internen und externen Kommunikation. Weiterhin nehmen Philipp Braun und Klaus Jetz an den monatlichen digitalen Treffen der Arbeitsgruppen Diplomatie und Koordination der LSBTI-Förderung teil.

3.2. Menschenrechte

Die Fälle von Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ*, die wir an die Bundesregierung weiterleiten, nehmen zu. Im Herbst 2025 haben wir an sieben Aide-Mémoires für das Auswärtige Amt mitgeschrieben. Sie betrafen Nicaragua, Afghanistan und Uganda sowie das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan, die Funktionalisierung von queeren Menschen durch (autoritär regierte) Staaten, Deutschlands Engagement in der ERC sowie Verbote von Pride-Veranstaltungen in Osteuropa und die Rolle Russlands. Beim Treffen des Forums Menschenrechte mit Bundesaußenminister Wadephul nahm für den LSVD⁺ Dr. Stana Iliev teil.

Mehrere Schreiben richteten wir an die Bundesregierung, den Bundestag sowie an die deutsche und europäische Menschenrechtspolitik wegen der Situation von LSBTIQ* in Kasachstan, Bulgarien oder Georgien.

3.3. Elisabeth-Selbert-Initiative

Axel Hochrein hat zum Jahresende 2025 seinen Sitz im Entscheidungsgremium der Initiative niedergelegt. Ihm folgte am 1. Januar 2026 Patrick Dörr. Der LSVD⁺ hat einen Antrag eingereicht, um sich im laufenden Jahr wieder als Gastorganisation für eine*n ESI-Stipendiat*in aus Subsahara-Afrika zu bewerben.

3.4. Netzwerke

Auch im vergangenen Jahr hat der LSVD⁺ seine Mitarbeit in verschiedenen internationalen Netzwerken fortgeführt.

ILGA

Auch zum Jahresende 2025 lieferte der LSVD⁺ und andere Mitgliedsorganisationen Informationen zur rechtlichen und sozialen Situation von LSBTIQ* in Deutschland an den europäischen Dachverband. Sie werden wieder Eingang finden in den neuen Jahresbericht zur Menschenrechtslage von LSBTIQ* in Europa und Zentralasien „Annual Review 2026“, den ILGA Europe im Frühjahr

2026 veröffentlicht. An der ILGA-Europa-Konferenz in Vilnius im Oktober 2025 nahm Klaus Jetz für den Verband teil.

Amsterdam Netzwerk

Auch mit den Kolleg*innen im Amsterdam Netzwerk stehen wir in regelmäßigem Austausch zu Fragen von LSBTIQ* in aller Welt, Notfallsituationen, Equal Rights Coalition, UN und Lobbyarbeit im Menschenrechtsrat, im Europarat und auf anderen multilateralen Ebenen. Der Austausch findet etwa vierteljährlich und seit dem Ausbruch der Coronapandemie online statt. Das letzte Treffen fand im Mai 2025 in Madrid statt. Klaus Jetz nahm für den LSVD⁺ teil.

Pride 7

Seit Jahresbeginn 2025 engagiert sich der LSVD⁺ auch im zivilgesellschaftlichen Bündnis Pride 7. Hier geht es darum, dafür zu sorgen, dass queere Belange auch in die regelmäßig stattfindenden Treffen der G7- und G20-Staaten hineingetragen werden. Es finden monatliche digitale Austausche der Kolleg*innen aus den G7-Staaten statt, an denen Philipp Braun und/oder Klaus Jetz teilnehmen. Am Präsenztreffen in Ottawa im Mai 2025 nahm Klaus Jetz für den Verband teil.

3.5. Hirschfeld-Eddy-Stiftung

3.5.1. Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft

Das zweijährige Projekt „Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft“ wird von Januar 2025 bis Dezember 2026 durch eine Förderung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung aus Mitteln des BMJV umgesetzt. Ziel ist es, die Bedeutung multilateraler Institutionen für die Rechte von LSBTIQ* sichtbar zu machen und die aktive Rolle der Zivilgesellschaft in diesen Institutionen darzustellen.

In Webtalks, Fachgesprächen und Präsenzveranstaltungen wird aufgezeigt, wie wichtig Abkommen auf Ebene der Vereinten Nationen, des Europarats und anderer Gremien sind, um die Menschenrechte von LSBTIQ* und anderen marginalisierten Gruppen zu stärken und zu schützen. So haben Inter*-Aktivist*innen erreicht, dass wichtige thematische Resolutionen im UN-Menschenrechtsrat und im Europarat verabschiedet wurden. Expert*innen erläuterten in Veranstaltungen und Publikationen die Bedeutung zentraler UN-Dokumente, etwa der Resolution „Frauen, Frieden, Sicherheit“. Persönliche und digitale Hintergrundgespräche beleuchteten geopolitische Entwicklungen wie den Rückzug der USA aus multilateralen Foren oder den Einfluss Russlands auf die Situation von LSBTIQ* in seinen Nachbarländern und auf dem afrikanischen Kontinent. In Kooperationen wie mit dem African Book Festival in Berlin und dem IFFF Köln wurden bekannte internationale LSBTIQ*-Aktivist*innen nach Berlin eingeladen; digitale Formate ermöglichten den Austausch mit Initiativen, z. B. aus Moldau und Serbien.

Das Projekt gibt LSBTIQ*-Aktivist*innen aus Ghana, Südafrika, Russland, Belarus und weiteren Ländern Raum. Deutlich wird dabei, dass transnationale Allianzen für Menschenrechte und Demokratie als zentrale Antwort auf den wachsenden Autoritarismus sowie die in manchen Regionen zunehmende Verfolgung gesehen werden. Kontakt: [LSBTIQ*-Plattform Menschenrechte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung](#).

3.5.2. Lobbyarbeit/Yogyakarta-Allianz

Im Jahr 2025 lag der Arbeitsschwerpunkt der Hirschfeld-Eddy-Stiftung auf der politischen Interessenvertretung für LSBTIQ*-Menschenrechte sowie auf der Koordination der Yogyakarta-Allianz als zentrales zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien.

Politische Advocacyarbeit

Die Advocacyarbeit der Stiftung bündelte politische Ansprache, fachliche Zuarbeit und strategische Vernetzung gegenüber der Bundesregierung, Bundestag sowie relevanten Ministerien, insbesondere dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Ziel war es, LSBTIQ*-Menschenrechte systematisch in außen-, menschenrechts- und entwicklungspolitische Prozesse einzubringen und die politische Verantwortlichkeit zu stärken.

- Durchführung mehrerer strategischer Lobbygespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen auf Bundesebene.
- Einbringung politischer Kurzbriefings, Stellungnahmen und Aide-Mémoires in laufende politische Prozesse.
- Aktive Beteiligung an nationalen und europäischen Konsultationen, unter anderem zur LSBTIQ*-Strategie der EU und zu menschenrechtlichen Vorhaben auf EU-Ebene.
- Sichtbare politische Positionierung der Stiftung zu aktuellen menschenrechtlichen Entwicklungen und internationalen Krisenlagen.

Koordination der Yogyakarta-Allianz

Die Koordination der Yogyakarta-Allianz umfasste die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mehrerer Alliantreffen (online, hybrid und in Präsenz) sowie die kontinuierliche Kommunikation zwischen den Mitgliedsorganisationen.

- Stabilisierung und Weiterentwicklung der Allianz als politisch anschlussfähiges Netzwerk.
- Regelmäßiger Austausch über laufende Aktivitäten, politische Entwicklungen und gemeinsame Anliegen.
- Politische Einbindung der Allianz in Lobby- und Advocacyprozesse der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.
- Gemeinsame Planung zentraler Arbeitsschwerpunkte und Prioritäten für 2026.

Die Bündelung der Lobbyarbeit und die gezielte Koordination der Yogyakarta-Allianz stärkten 2025 die politische Sichtbarkeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und erhöhten die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Stimmen für LSBTIQ*-Menschenrechte. Die erzielten Ergebnisse bilden eine belastbare Grundlage für den weiteren strategischen Ausbau der politischen Arbeit und der Allianz in den kommenden Jahren.

3.5.3. Sonstige Projekte

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung hat im Berichtszeitraum eingeworbene Spendengelder an mehrere Partnerorganisationen weitergeleitet: Sexual Minorities Uganda (SMUG), Triumph Uganda, Nash Svit Center Kyiv und Inclusive Mission for Health and Hope (IMHH) in Ruanda. Zusammen mit den Kolleg*innen aus Ruanda haben wir einen Projektantrag beim Auswärtigen Amt eingereicht, der nicht bewilligt wurde. Hier ist vor allem Guido Schäfer ehrenamtlich engagiert.

4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressemeldungen, Newsletter und Interviews für Presse, Fernsehen, Social Media und Radio zu den Verbandsthemen und -forderungen gehören zur regelmäßigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des LSVD⁺. Dabei haben besonders unser Auftritt bei phoenix rund um die Äußerung von Kanzler Friedrich Merz zur Regenbogenflagge auf dem Bundestag, unsere Stellungnahme zum Koalitionsvertrag sowie die ZDF-Doku „Verbotene Liebe – Queere Schicksale der NS-Diktatur“ zur Bekanntheit unseres Verbandes beigetragen. Im vergangenen Jahr standen insbesondere auch die Anpassung der Corporate Identity auf Social Media und des Website-Navis im Fokus der Arbeit der Pressestelle.

Regelmäßig postet die Pressestelle aktuelle Meldungen und Content auf den Social-Media-Kanälen des LSVD⁺: Facebook, Instagram, Threads, Mastodon und LinkedIn. Die Plattform X (vormals „Twitter“) hat der Verband im April 2025 verlassen, weil wir keine Reichweite für Gewalt, Desinformation und Demokratiefeindlichkeit bieten wollen.

Zu unserer Arbeit auf Social Media gehört auch die Weiterverbreitung unserer Pressemitteilungen, Mitmachaktionen, Veranstaltungshinweise und Informationen über neue Beiträge auf unserer Website und über Mitgliederinformationen. Auf den genannten Plattformen konnte so auch in diesem Jahr die Bekanntheit unseres Verbandes erhöht werden. Beispiel: Instagram-Follower*innen (Stand Januar 2026): 21.200. Auch die Reichweite hat sich insgesamt, insbesondere durch Kooperationen unter anderem mit dem BVT*, Amnesty International sowie dem Paritätischen Gesamtverband, sowie durch große Petitionen wie zur Weiterführung des Aktionsplans „Queer leben“ und zum Diversitätsprogramm der Telekom, erhöht.

Die LSVD⁺-Homepage wird kontinuierlich gepflegt und erweitert – Ratgebertexte, Grundlagenartikel, Pressespiegel und Veranstaltungskalender werden aktualisiert, neue Beiträge erstellt und die vorhandenen Beiträge suchmaschinenoptimiert. Für bestimmte Inhalte schalten wir Anzeigen über Google Ads. Wir nehmen am Grant-Programm teil, sodass wir bis zu 10.000 US-Dollar pro Monat zur Verfügung haben.

Gegenwärtig produziert die Pressestelle neben der Verbandszeitschrift „respekt!“ auch neue Giveaways für dieses Jahr. In der internen Abstimmung wurde sich erneut für die Fächer und neue Klebetattoos, besonders für CSDs entschieden. Außerdem produzieren wir weiterhin die beliebten Regenbogenarmbänder und einen englischsprachigen LSVD⁺-Flyer.

5. Mitarbeit in nationalen Netzwerken und Vertretungsaufgaben

5.1. Forum Menschenrechte

Klaus Jetz und Henny Engels vertreten den LSVD⁺ im Forum Menschenrechte (FMR); darüber hinaus arbeitet Dr. Stana Iliev seit Anfang 2026 in der AG Außen mit. Henny Engels arbeitet in der AG Rechte von Frauen und LSBTIQ* mit. Theresa Richarz und Dr. Stana Iliev nahmen an der Sitzung des Plenums am 14. Mai 2025 teil, Theresa Richarz darüber hinaus an der Sitzung am 5. November 2025 und Dr. Stana Iliev am Jahresplenum 2026. Beim Plenum am 14. Mai 2025 informierte Frank Schwabe, Parlamentarischer Staatssekretär im BMJV, über Eindrücke aus den Koalitionsverhandlungen und aus den ersten Monaten der neuen Bundesregierung. Vor diesem Hintergrund wurden im Nachhinein Ideen für mögliche Aktivitäten des Koordinierungskreises entwickelt. Zudem wurde die neue Arbeitsgruppe Frieden und Menschenrechte eingerichtet. Am 5. November 2025 tauschten sich die Mitglieder des Forums über die ersten Erfahrungen mit der neuen Bundesregierung aus. Im Fazit ist festzuhalten, dass die Lage hinsichtlich der Menschenrechte schwieriger wird. Zudem wurde über die Bedrohung der Zivilgesellschaft beraten. Beraten

wurde auch über das Gespräch mit Außenminister Waidepohl am 19. November 2025, für das aus dem Forum fast 100 Aide-mémoires zu unterschiedlichen Themen und Regionen erarbeitet wurden. Am Gespräch mit dem Außenminister nahm Dr. Stana Iliev für den LSVD⁺ teil. Beim Jahresplenum standen neben den Formalien das Thema „Shrinking Spaces/Zivilgesellschaft unter Druck“ und die Frage, wie dem zu begegnen ist, auf der Tagesordnung. Zudem verabschiedeten sich die Teilnehmenden von Dr. Jochen Motte, der das Forum über lange Jahre geprägt hat und wenige Tage vor der Klausur verstorben war. Die AG Rechte von Frauen und LSBTIQ* befasste sich im Berichtszeitraum insbesondere mit den Themen sexueller und reproduktiver Rechte sowie Queerfeindlichkeit. Am 24. Februar 2026 lud die AG zu einem Parlamentarischen Frühstück zur Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie und des EU AI Acts ein.

5.2. VENRO

Der LSVD⁺ ist seit einigen Jahren auch im Verband der entwicklungspolitischen NROs (VENRO) aktiv und arbeitet weiterhin in den AGs Gender und Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume mit. Hier engagieren sich Dr. Stana Iliev, Sarah Kohrt und Klaus Jetz.

5.3. Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

Der LSVD⁺ wird seit 2023 von Alva Träbert und Axel Hochrein im Kuratorium vertreten. Durch die vorgezogene Bundestagswahl im Februar 2025 mussten die Vertreter*innen der Bundestagsfraktionen neu besetzt werden. Deshalb fand auch nur eine Kuratoriumssitzung im November im BMJV statt. Neue Vorsitzende des Kuratoriums ist nun Stefanie Hubig, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz.

Die Wanderausstellung „gefährdet leben. Queere Menschen 1933 – 1945“ hat auch im vergangenen Jahr der Stiftung eine hohe öffentliche Wahrnehmung beschert. Die Ausstellung tourte durch viele Städte und öffentliche Gebäude, oft verbunden mit besonderen Veranstaltungen. Als Kuratoriumsmitglied sprach Axel Hochrein bei der Ausstellungseröffnung in Augsburg.

Der Förderschwerpunkt der Stiftung lag im vergangenen Jahr auf dem Thema trans*. Ca. 80 Prozent der Förderprojekte der Stiftung wurden zu diesem Thema durchgeführt. Zudem gab es im November zum Jahrestag der Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes ein fachlich hochkarätig besetztes Kolloquium „Ein Jahr Selbstbestimmungsgesetz – Bilanz, Perspektiven, Herausforderungen“.

Die Herausforderung der Stiftung, auch zukünftig ihrem Stiftungsauftrag nachzukommen, wird durch die allgemeinen Haushaltskürzungen und durch das geringe Stiftungsvermögen hoch bleiben. Hier wünscht sich das Kuratorium weiterhin eine deutliche Anhebung der Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Stiftung.

5.4. Deutsches Institut für Menschenrechte

Im Berichtszeitraum vertrat Henny Engels den LSVD⁺ in der Mitgliederversammlung des Instituts und war eine der gewählten Kassenprüferinnen. Das Institut widmet sich – seiner Aufgabe als nationale Menschenrechtsinstitution entsprechend – zahlreichen menschenrechtlichen Fragen im In- und Ausland. Bei der Mitgliederversammlung am 27. Mai 2025 wurden neue Mitglieder in den Verein aufgenommen, darunter die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAFF). Die Mitgliederversammlung verlieh zudem auf Antrag des Vorstandes Prof. Eibe Riedel, dem langjährigen Vorsitzenden des Kuratoriums, die Ehrenmitgliedschaft. Neben der Vorlage des Verwendungsnachweises für das Haushaltsjahr 2024 und der Entlastung des Vorstandes standen der Bericht des Vorstandes über die Aktivitäten seit der letzten Mitgliederversammlung und die Vorstellung der für die neue Legislaturperiode

geplanten Vorhaben im Mittelpunkt der Beratung. Wieder aufgenommen wurde im Berichtszeitraum die Austauschrunde zwischen dem DIMR, queeren Organisationen und zeitweise Bundestagsabgeordneten zu wichtigen Themen der Queerpolitik. An den Gesprächen nahmen für den LSVD⁺ Theresa Richarz und Henny Engels teil.

5.5. Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Der Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), dessen Vorsitzende Henny Engels ist, tagte im Berichtszeitraum am 20. Mai, am 11. November 2025 und am 19. März 2026. Am 20. Mai 2025 standen die Themen Diskriminierungsschutz im Koalitionsvertrag und die Vorhaben der ADS im Mittelpunkt. In der Sitzung am 11. November 2025 wurde der Stand der Umsetzung der EU-Standardrichtlinien sowie der für den Beirat relevanten Gesetzesvorhaben vorgestellt. Am 19. März 2026 befasste sich der Beirat mit dem Stand der AGG-Reform (siehe Kapitel 2.1.3).

5.6. Rundfunkräte

Der LSVD⁺ ist in acht Rundfunk- und Fernsehräten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks vertreten: ZDF, Arte Deutschland, Deutschlandradio, Radio Bremen, MDR, RBB, Saarländischer Rundfunk und SWR. In Rheinland-Pfalz, NRW, Niedersachsen und im Saarland ist der LSVD⁺ zudem in den Landesmedienanstalten vertreten, die die privaten Sender beaufsichtigen. Klaus Jetz ist weiterhin Mitglied des DLR-Hörfunkrats und des Programmausschusses des Senders. Zuletzt kamen der Hörfunkrat und der Programmausschuss am 3. und 4. Dezember 2025 in Berlin zusammen. Themen waren unter anderem der Tätigkeitsbericht des Intendanten und der Vorsitzenden des Hörfunkrates sowie, immer zum Jahresende, der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Breiten Raum nahm zudem wieder die Qualitätssicherung des Programms ein, deren Überwachung dem Hörfunkrat obliegt. Weitere Themen waren Programmbeschwerden sowie Lob und Kritik seitens der Hörer*innen.

5.7. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Henny Engels arbeitet nach wie vor im AK Frauen des Paritätischen Gesamtverbands mit. Das Thema Queerpolitik hat in den letzten Jahren im Paritätischen Gesamtverband deutlich an Bedeutung gewonnen. Seit einiger Zeit gibt es einen regelmäßigen Austausch zu queerpolitischen Themen. Im April beschloss der Verband ein queerpolitisches Grundsatzpapier, das von Vertreter*innen queerer Mitgliedsorganisationen erarbeitet wurde. Mehr Informationen dazu lassen sich [hier](#) finden.

Kerstin Thost hat sich an der Planung des Berliner CSD-Wagens des Paritätischen Gesamtverbands beteiligt. Michelle Kortz aus dem Bundesvorstand hielt auf diesem Wagen eine queerpolitische Rede mit Fokus auf Artikel 3.

6. Organisation

6.1. Mitarbeitende

Das Hauptstadtbüro wird weiterhin von Kerstin Thost als Pressesprecher*in geleitet. Markus Apel hat seit 2024 die Stelle der Bund-Länder-Koordination inne. Die Dreiviertelstelle im Projekt „Selbstverständlich Vielfalt – Kooperationsverbund für sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist weiterhin mit Christian Lapp besetzt. Theresa Richarz arbeitet als Grundsatzreferentin des Verbands, und Franka Braun arbeitet in der Pressestelle mit einer halben Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit. Sarah Kohrt ist weiterhin mit einer vollen Stelle als Projektleiterin der Hirschfeld-Eddy-Stiftung tätig, und Dr.

Stana Iliev mit einer halben Stelle als Koordinatorin der Yogyakarta Allianz sowie als Referentin für Advocacyarbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Weiterhin ist Danilo Höpfner mit einer halben Stelle für den LSVD⁺ im Arbeitsbereich Friend- und Fundraising tätig. Laetitia Pranzl ist seit Januar 2026 als studentische Hilfskraft im Hauptstadtbüro tätig und Rechtsanwalt Dr. Thomas Hahn aus Berlin ist weiterhin ehrenamtlicher Datenschutzbeauftragter des LSVD⁺, seiner Landesverbände und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

In der Bundesgeschäftsstelle in Köln arbeitet Chantal Müller als Projektleiterin im von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekt „Inklusion von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken“. Das von der Integrationsbeauftragten des Bundes unterstützte Projekt „Fluchtgrund Queer – Queer Refugees Deutschland“ lief Ende 2025 regulär aus. Ina Wolf, Lilith Raza und Colin Cahill-Müller schieden als Mitarbeitende aus; ein neuer Antrag auf Förderung im Themenbereich Integration wurde noch nicht bewilligt. Guido Schäfer unterstützt nach wie vor den LSVD⁺ und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung an einem Tag pro Woche ehrenamtlich. Jürgen Rausch arbeitet mit einer vollen Stelle im vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützten Projekt „Selbstverständlich Vielfalt – Kooperationsverbund für sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung“. Mit je einer halben Stelle übernimmt er die Leitung des LSVD⁺-Projektteils bzw. die Koordination des Kompetenznetzwerks. In der Kölner Bundesgeschäftsstelle arbeiten in diesem Projekt auch weiterhin Clara Clasen und Leonie Achterhold, beide in Vollzeit. Im März 2025 ist Sabrina Braick als Projektassistentin neu hinzugekommen. Zudem arbeiten in diesem Projekt weiterhin Lisa Oude Lausink, Christian Hartlieb und Danis Dennis Döbbecke im Projektbereich Akzeptanz und Vernetzung intergeschlechtlicher Menschen. Als Bürokraft unterstützt Juliane Steinbrecher weiterhin mit 20 Wochenstunden den LSVD⁺. Ahmed Elpelasy ist weiterhin Webmaster und Systemadministrator des LSVD⁺. Søren Schröder und Ly Baßler arbeiten als Leiter*in bzw. Mitarbeiter*in im Projekt „Gewaltfrei ankommen – Die Rechte von Queeren Geflüchteten“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. In der Bundesgeschäftsstelle arbeiten weiterhin Sandra Jonas als Finanzreferentin und Klaus Jetz als Geschäftsführer für den LSVD⁺ und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

6.2. Mitgliederentwicklung und -werbung

Der LSVD⁺ hat das Jahr 2025 mit einem leichten Netto-Mitgliederzuwachs von 13 Personen abgeschlossen. 218 Mitglieder sind aus dem Verband ausgetreten oder verstorben, 231 sind eingetreten. Zum 31. Dezember 2025 waren 4.415 Menschen Mitglieder in unserem Verband. Der LSVD⁺ profitiert nicht nur vom Engagement der Einzelmitglieder, sondern auch von der Anbindung an Gruppen und Vereine. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der korporativen Mitglieder (Gruppen, Organisationen und Vereine) leicht auf 125. Die Vernetzung in der Regenbogen-Community, der Austausch und die gegenseitige Unterstützung zum Wohl der gesamten Community sind dem Verband weiterhin wichtige Anliegen.

6.3. Friend-Fundraising und Sponsoring

Im Jahr 2025 konnten bestehende Partnerschaften mit Organisationen und kommerziellen Unternehmen in den Bereichen Marketing und Fundraising gezielt ausgebaut und vertieft werden. Gleichzeitig ist es gelungen, neue Kooperationen zu initiieren, die sowohl zur finanziellen Stabilisierung als auch zur öffentlichen Sichtbarkeit des LSVD⁺ beigetragen haben. Der Fokus lag dabei auf kreativen Kampagnen, nachhaltigen Fördermodellen sowie der Erschließung neuer Spenden- und Erlösquellen.

Der Bereich Marketing und Fundraising war 2025 geprägt von innovativen Kampagnen, strategischen Partnerschaften und dem Ausbau nachhaltiger Förderinstrumente. Besonders hervorzuheben ist die erfolgreiche Verbindung von gesellschaftspolitischer Botschaft, Sichtbarkeit und

Einnahmengenerierung. Die geschaffenen Strukturen bilden eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung der Fundraising-Arbeit des LSVD⁺ in den kommenden Jahren.

Kampagne „Schwule Schafe“ – Leuchtturmprojekt für internationale Sichtbarkeit

Das bedeutendste Marketing- und Fundraisingprojekt des Jahres 2025 war die Kampagne „Schwule Schafe“, die in Kooperation mit der renommierten Werbeagentur House of Communication (Serviceplan) realisiert wurde.

Die Kampagne vermittelt auf zugängliche und aufmerksamkeitsstarke Weise eine zentrale Botschaft: Homosexualität existiert auch in der Natur – warum also nicht auch beim Menschen? Mehrere Videoformate, Plattformen und Social-Media-Kanäle entstanden, die durch die populäre Trägerfigur Bill Kaulitz („Tokyo Hotel“) eine hohe Reichweite erzielen konnten.

Im Mittelpunkt standen schwule Schafe, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen in konventionellen Landwirtschaftsbetrieben aussortiert wurden und auf einem Bauernhof in Nordrhein-Westfalen ein neues Zuhause erhalten.

Einer der zentralen Fundraising-Baustein ist die Weiterverarbeitung der geschorenen Wolle zu Produkten, die über eine eigens eingerichtete Projektwebsite vertrieben wurden. Die Erlöse aus dem Verkauf kamen zu 50 Prozent dem LSVD⁺ zugute. Ergänzend wurden Schaf-Patenschaften angeboten, deren Einnahmen ebenfalls anteilig (50 Prozent) dem Verband zuflossen.

Flankierend zur digitalen Kampagne wurde eine Außenwerbeaktion an der Kölner Schaafenstraße umgesetzt, darunter eine großformatige Hauswandkampagne für mehrere Wochen. Auch hier unterstützte Bill Kaulitz das Projekt und die Sichtbarkeit des LSVD⁺ als prominentes Testimonial. Zusätzlich wurden die im Rahmen des Fotoshootings getragenen Kleidungsstücke in einer Auktion versteigert, wodurch zusätzliche Einnahmen erzielt wurden.

Insgesamt erzielte die Kampagne einen Ertrag von 20.000 Euro zugunsten des LSVD⁺ sowie die höchste Reichweite, die eine Kampagne des Verbandes bis dato erreichen konnte. Mit Berichterstattung in allen großen TV-Sendern und Blättern des Landes, bis hin zu internationaler Berichterstattung weltweit, konnten über 1,2 Milliarden Kontakte erzielt werden.

Aufgrund der außergewöhnlich hohen Reichweite und Resonanz ist vorgesehen, das Projekt mit unserem Partner in angepasster Form in den kommenden Jahren fortzuführen.

Weitere Unternehmenskooperationen und Großspenden

Auch im Bereich der klassischen Unternehmensspenden konnte der LSVD⁺ 2025 relevante Mittel einwerben. Cosa Nova/CATRICE stellte dem LSVD⁺ eine Großspende in Höhe von 25.000 Euro zur Verfügung, die zur Unterstützung zentraler Verbandsarbeit eingesetzt wird. Die Emily Noah GmbH unterstützte den LSVD⁺ mit einer Spende in Höhe von 1.500 Euro.

Ausbau digitaler Fundraising-Instrumente

Zur langfristigen Absicherung der Fundraising-Strukturen wurden 2025 neue digitale Formate eingeführt. Mit dem qualifizierten Partner Erblotse wurde eine Testamentenplattform etabliert, über die Unterstützerinnen und Unterstützer den LSVD⁺ langfristig in ihrem Nachlass berücksichtigen können. Außerdem nimmt der LSVD⁺ seit 2025 kostenneutral an der Plattform bonobo.de teil. Da sich das Portal aktuell noch im Aufbau befindet und schrittweise hochgefahren wird, ist mit den ersten tatsächlichen Spendenerlösen ab 2026 zu rechnen. Perspektivisch eröffnet diese Kooperation dem LSVD⁺ einen zusätzlichen, niedrigschwelligen Zugang zu Spenden über Endverbraucher im Online-Zahlungsprozess. Ergänzend wurden über externe Plattformen wie Benvity weitere Kleinspenden akquiriert; hier wurden 400 Euro eingenommen.

Sichtbarkeit durch Messen und Kooperationsformate

Im Rahmen der Berufsmesse Rainbow Career war der LSVD⁺ 2025 in mehreren deutschen Großstädten präsent, darunter in Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main. Die Messeauftritte – mittels Werbewänden und Werbemittel – dienten der Sichtbarkeit des Verbands, der Ansprache neuer Zielgruppen und der Mitgliedschaftswerbung.

Darüber hinaus wurden – wie in den Vorjahren – Gegenanzeigen-Kooperationen fortgeführt, unter anderem mit der Zeitschrift Mannschaft. Im Rahmen dieser Kooperationen erscheinen Anzeigen des LSVD⁺ in Partnerpublikationen, während im Gegenzug Anzeigenplätze in unserem Verbandsmagazin respekt! zur Verfügung gestellt werden.

Kampagnenvorbereitung und Medienkooperationen

Zum Jahresende 2025 begann gemeinsam mit der Berliner Werbeagentur Wahlwerkstatt die Konzeption einer neuen Mitgliederkampagne, deren Umsetzung für das Frühjahr 2026 geplant ist. Die Kampagne wird von der Agentur pro bono realisiert und hat ein Budget von rund 20.000 Euro.

6.4. Jugend

Ausgehend von Impulsen jüngerer Mitglieder, die dem Bundesvorstand ihre Idee zur Gründung einer Jugendstruktur vorgestellt haben, wurde der Bedarf an spezifischen Angeboten für die Altersgruppe der 14- bis 27-Jährigen deutlich. Ziel ist es, neue Formate zur Ansprache, Gewinnung und langfristigen Bindung junger Mitglieder zu entwickeln.

Die weitere inhaltliche Ausarbeitung und die Koordination erfolgen seitdem durch Michelle Kortz und Kerstin Thost, die regelmäßige Austauschtreffen mit jüngeren Mitgliedern organisieren und deren Ideen zur „LSVD⁺ Queere Jugend“ weiterentwickeln. Um Konkurrenzsituationen mit bestehenden Jugendstrukturen der Community zu vermeiden, wurde frühzeitig der Dialog mit dem Bundesvorstand von Lambda e. V. aufgenommen. Aus diesem Austausch gingen ein Entwurf eines Kooperationsvertrags sowie weiterführende Überlegungen zur zukünftigen Zusammenarbeit hervor.

Für den Verbandstag im April 2026 wurde ein Gründungsantrag vorbereitet. Neben der Stärkung der Nachwuchsarbeit soll perspektivisch eine Angebotsstruktur in Kooperation mit Lambda e. V. und weiteren Jugendorganisationen aufgebaut werden, die insbesondere Seminare und Bildungsangebote im Bereich der queerpolitischen Bildung umfassen.

6.5. Verbandstag 2025

Unter dem Motto „Wir bleiben dran“ diskutierte der Verbandstag am 5. und 6. April 2025 im Berliner refugio Pläne und Strategien für den Verband sowie seine aktuellen Forderungen an die Politik. Mit 180 Mitglieder nahmen so viele Mitglieder wie nie zuvor an einem Verbandstag teil. Wegen des Empfangs zu Ehren des 35-jährigen Verbandsjubiläums bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf Schloss Bellevue fand der Verbandstag 2025 wieder in Berlin statt. Alle freuten sich über den inhaltlichen Austausch sowie über Diskussionen zum Thema Diversität des LSVD⁺. Das Schwerpunktthema drehte sich um die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in Zeiten aufflammender Demokratiefeindlichkeit.

Wie ein roter Faden zog sich das Thema „Zivilgesellschaft in schwierigen Zeiten“ durch den Verbandstag. Um von Erfahrungen der Zivilgesellschaft mit dem Rechtspopulismus in Polen zu lernen, war Prof. Dr. Jakub Urbanik, Rechtsprofessor an der Universität Warschau und Mitglied unserer Partnerorganisation Miłość Nie Wyklucza, zu einer Gastrede eingeladen. Das Panel zu „Zivilgesellschaftliches Engagement in schwierigen Zeiten“, moderiert von Henny Engels aus dem Bundesvorstand, bot vielfältige Inspirationen. Die Strategie der Verbandsvielfalt wurde auch

beim Verbandstag 2025 fortgeführt: Erneut wurde der Dialog mit den anwesenden Mitgliedern gesucht. Dort tauschten sich die Anwesenden in Arbeitsgruppen an vier Tischen zu den Schwerpunkten „Neue Themenvielfalt im LSVD⁺“ und „Neue Zugangswege in den LSVD⁺“ aus. Die Erkenntnisse und Handlungswünsche nahm der Vorstand in seine Arbeit auf.

Beschlossen wurden die Anträge „Keine Sprachverbote beim Thema Gender“, „Antrag zum Umgang mit der AfD“ und „Queersensible Bildung“. Zudem wurde der Antrag des Bundesvorstands „Reproduktive Gerechtigkeit – Für Entkriminalisierung, rechtliche Absicherung und sichere Versorgung“ beschlossen. In den Vorstand wurden neu oder wiedergewählt: Leon Dietrich, Jörg Hutter, Philipp Braun, Christina Klitzsch-Eulenburg, Christian Gladel, Angela Hermann und Michelle Kortz. Patrick Dörr, Henny Engels, Erik Jödicke, Andre Lehmann, Julia Monroe, Tim Stefaniak, Alva Träbert und Alexander Vogt waren 2024 für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt worden, so dass der neue Vorstand aus 15 Personen bestand.

6.6. Zusammenarbeit des Bundes- mit den Landesverbänden

Markus Apel unterstützt die Landesverbände als Bund-Länder-Koordination und bildet die Schnittstelle zwischen den Landesverbänden und dem Bundesverband einschließlich dessen Projekte.

Zu den Hauptaufgaben gehört die Unterstützung der Landesverbände bei landespolitischen Prozessen sowie der Verbandsarbeit. Dazu gehören etwa die Erstellung von Pressemeldungen, die Planung und Begleitung von Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen sowie Stellungnahmen zu queerpolitischen Vorhaben. Darüber hinaus ist die Bund-Länder-Koordination Ansprechpartner*in für alle inhaltlichen Fragen der Landesverbände, unterstützt ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige, vermittelt bei Konflikten und begleitet vereinsrechtliche sowie queerpolitische Fragestellungen in enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand, der Pressestelle und der Geschäftsstelle. Dabei konnte erfolgreich eine Erweiterung des Mail-Speichers für alle, die ihn benötigen, umgesetzt werden. Außerdem war die Bund-Länder-Koordination an der Vertretung der Verbandspositionen zur Queerpolitik auf Landesebene zu vertreten.

Austausch, Vernetzung und Unterstützung der Landesverbände

2025 lag einer der Schwerpunkte auf der Stärkung des bundesweiten Austauschs. Es fanden drei digitale Bund-Länder-Treffen sowie ein analoges Treffen in Stuttgart statt. Themen waren unter anderem queerfeindliche Hasskriminalität, die Zusammenarbeit mit der Polizei und den Kommunen, Öffentlichkeitsarbeit und aktuelle queerpolitische Entwicklungen. Die Treffen boten Raum für Abstimmung, Beratung und den Austausch über landesspezifische Herausforderungen.

Besonders wichtig waren auch zwei Ost-Treffen. Dort ging es vor allem um die Sicherheitslage in Ostdeutschland sowie darum, die Zusammenarbeit und Vernetzung der dort aktiven Landesverbände zu stärken. Die Treffen boten einen geschützten Rahmen für kollegialen Austausch und gegenseitige Unterstützung.

Um die Zusammenarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, wurde ein digitales Social-Media-Treffen eingeführt, das nun halbjährlich stattfindet. Ziel ist es, die Social-Media-Arbeit der Landesverbände im Zusammenspiel mit dem Bundesverband besser zu koordinieren und Erfahrungen zu teilen. Aus diesem Austausch entstand eine Signal-Chatgruppe für den unmittelbaren Austausch sowie eine Abfrage zu den Informations- und Fortbildungsbedarfen der Landesverbände. Die Themen werden künftig in Form von Mini-Fortbildungen und fachlichen Inputs im Rahmen der Treffen aufgegriffen.

Markus Apel begleitete mehrere Landesverbände bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, unter anderem bei CSDs in Chemnitz, Hamburg und München. Die Unterstützung

reichte von Beratung über Unterstützung an den Infoständen bis hin zur Abstimmung mit den Bundesverbandsstrukturen.

Die Bund-Länder-Koordination teilt regelmäßig relevante Veranstaltungshinweise, Fachinformationen und Materialien anderer Organisationen, um den Landesverbänden den Zugang zu Wissen und Ressourcen zu erleichtern.

Hasskriminalität und Handlungsempfehlungen der IMK

Ein wichtiger Schwerpunkt 2025 war eine Länderabfrage zum Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen der Innenminister*innenkonferenz zur „Bekämpfung homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt“. Dazu wurde eine Übersicht über den aktuellen Umsetzungsstand in den Bundesländern erarbeitet, um transparent zu machen, wo es bereits Maßnahmen gibt und wo noch Handlungsbedarf besteht. Darauf aufbauend unterstützte die BLK die Landesverbände und den Bundesverband bei weiteren Schritten, um die Umsetzung der Empfehlungen auf Landes- und Bundesebene voranzutreiben.

Stärkung der Landesverbände

Ein besonderes Projekt war die Einrichtung eines einmaligen Strukturfonds. Mit insgesamt 20.000 Euro konnten sechs Landesverbände gezielt unterstützt werden, um ihre Arbeit vor Ort zu sichern und weiterzuentwickeln – sei es durch organisatorische Grundlagen, finanzielle Entlastungen oder strategische Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung.

Insgesamt trug die Bund-Länder-Koordination dazu bei, die Landesverbände nicht nur fachlich, sondern auch strukturell weiter zu stärken, ihre Arbeit sichtbar zu machen und die Zusammenarbeit zu verbessern.

6.7. Rechtsberatung

Der LSVD⁺ bietet weiterhin eine kostenlose Rechtsberatung per E-Mail durch Kooperationsanwältinnen an. Beraten wird zu Rechtsfragen, die speziell LSBTIQ* betreffen. Dazu gehören unter anderem die Themengebiete Regenbogenfamilien, Änderungen des Geschlechtseintrags, Antidiskriminierungsrecht, Asylrecht für verfolgte LSBTIQ* sowie Fragen des internationalen Privatrechts und des Aufenthaltsrechts in binationalen Partnerschafts- und Familienkonstellationen.

Nach einer kurzen Phase der Umstrukturierung im Juni hat die Rechtsberatung im Juli 2025 unter der Hauptverantwortung von Rechtsanwältin Dr. Sarah Ponti ihre Arbeit wiederaufgenommen. Rechtsanwältin Barbara Wessel ist weiterhin zuständig für die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Anfragen.

Schwerpunkte in der diesjährigen Beratung waren Anfragen zur (ausbleibenden) Reform des Abstammungsrechts, zum Verfahren der Stiefkindadoption und zum Selbstbestimmungsgesetz sowie zum Asyl- und Aufenthaltsrecht für queere Personen.

Monatlich wurden zwischen 20 und 40 Anfragen beantwortet.

Zudem wurden in Kooperation mit Großkanzleien, die uns vermittelt von UPJ pro bono unterstützen, einige Rechtsratgeber auf der Homepage aktualisiert, z. B. der Rechtsratgeber für HIV-positive Menschen.

7. Ausblick

Das strukturelle Update des LSVD⁺ geht weiter. Nur mit einem Aufbau, der langfristig und auch unter veränderten Bedingungen funktionsfähig bleibt, können wir unsere Arbeit entschlossen fortsetzen. Strukturelle Fragen sind erst der Anfang: Im nächsten Schritt werden wir nach acht Jahren

ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten, in dem wir die Antworten auf die queerpolitischen Leitfragen unserer Zeit geben werden.

Wie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen stehen auch wir zunehmend unter Druck. Dieser Druck lässt uns jedoch nicht verzweifeln, sondern bestärkt uns in unserer Mission. Als Community haben wir schon oft bewiesen, dass wir es schaffen, mit neuen Herausforderungen umzugehen und daran zu wachsen. Deshalb ist eine sich ändernde Welt für uns kein Grund, aufzugeben, sondern uns neu aufzustellen: lauter – stärker – queerer.